

Vorlage-Nr.: **2205-2019/DaDi**  
(Referenz-Vorlage: 2165-2019/DaDi)

Aktenzeichen: 450-011

Fachbereich: Fraktion der Alternative für Deutschland  
Seiler, Ulf, Prof.

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Den Landkreis Darmstadt Dieburg symbolisch zu einem sicheren Hafen zu machen – Änderungsantrag AfD**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Landkreis Darmstadt Dieburg verurteilt jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von Schleusern, die durch seeuntaugliche Boote Migranten bewusst der Gefahr von Seenot aussetzen.
2. Der Landkreis Darmstadt Dieburg lehnt es ab, Personen aufzunehmen, die aus einer bewusst herbeigeführten Seenotsituation gerettet wurden. Vielmehr setzt er sich dafür ein, dass die Geretteten zu ihrem Abfahrtsort zurückgebracht werden.
3. Der Landkreis Darmstadt Dieburg schöpft alle Mittel aus, Personen mit abgelehntem Asylantrag in ihre Heimat zurückzuführen.
4. Der Landkreis Darmstadt Dieburg ermöglicht in Darmstadt Dieburg lebenden Personen mit anerkanntem Asylantrag nach seinen Möglichkeiten Zugang zu Bildung und Ausbildung.

## **Begründung:**

Die Seenotrettung im Mittelmeer wird missbraucht, um illegale Einwanderung zu ermöglichen. Hoch bezahlte Schleuser setzen Migranten in seeuntaugliche Boote und bringen diese damit in Lebensgefahr. Dabei wird fest einkalkuliert, dass gutmeinende Seenotretter in Küstennähe die Migranten aufnehmen. Solange die Seenotrettung dabei mitspielt und die Aufgenommenen nach Europa bringt, wird diese menschenverachtende Praxis nicht gestoppt, sondern sogar noch gefördert. Menschen werden dadurch auch weiterhin in Lebensgefahr gebracht.

Eine Lösung kann nur sein, die Tätigkeit der Schleuser dadurch zu unterbinden, dass aus Seenot Gerettete wieder an ihren Ursprungsort zurückgebracht werden.

Bereits illegal in Deutschland angekommene Migranten, die einen abgelehnten Asylantrag haben, müssen ebenfalls zurückgeführt werden, damit der Anreiz zur illegalen Einwanderung unterbunden wird.

Berechtigten Asylanten dagegen ist jegliche Unterstützung zu gewähren, damit sie sich in die Gesellschaft integrieren können.